

„Integration heißt nicht Assimilation“

Das Parlament wurde gestern zur Integration konsultiert – Kritik an Ministerin Corinne Cahen

VON ANNETTE WELSCH

Nationale Integrations-Aktionspläne sind im Gesetz von 2008 zwar vorgesehen, der letzte lief aber im Jahr 2014 aus und wurde seither nicht erneuert. Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) rief recht kurzfristig gestern die Parteien zur Konsultierungsdebatte.

Bevor ein neuer „Plan d'action national pluriannuel d'intégration“ (PAN) ausgearbeitet wird, fühlte Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen gestern dem Parlament den Puls. Die Parteien sollten sich zu den vorgesehenen großen Zügen des PAN äußern. „Luxemburg braucht einen ehrgeizigen Plan, denn Integration ist bei uns ein größeres Thema als in anderen Ländern“, sagte sie und verwies auf die Zahlen: 48 Prozent Nicht-Luxemburger heiße 280 000 Einwohner aus 170 Ländern, 10 000 Menschen wandern netto jährlich ein, und Luxemburg habe „bei der Flüchtlingskrise gezeigt, dass es integrationsfreundlich ist“.

„Integration geht uns alle an“

„Die Maßnahmen des letzten PAN sind selbstverständlich weitergeführt worden in den letzten drei Jahren“, verteidigte sie sich und plädierte dafür, dass der neue Plan nicht zeitlich begrenzt werden soll. „Integration ist nichts Statisches, deswegen sollte man den Plan sich flexibel entwickeln lassen.“ Mit einer ganzen Reihe Ideen für Verbesserungen überfiel sie dann die Abgeordneten. „Integration geht uns alle an – Luxemburger und Nicht-Luxemburger. Wir müssen vor allem die Zivilgesellschaft mit einbeziehen.“

Gleich zwei Sprecher ergriffen für die CSV gestern das Wort. Von Martine Mergen kam vor allem Kritik. „Dieser Regierung ist die Integration wohl nicht wichtig, wenn sie nach dem letzten PAN drei Jahre verstreichen lässt. Jetzt kommt Ihr sieben Monate vor den



Gelebte Integration beim Festival des migrations. In einem Einwanderungsland wie Luxemburg muss die Integration auch politische Priorität genießen, so eine Forderung des Parlaments. (FOTO: PIERRE MATGÉ)

Wahlen und setzt schnell noch ein Fähnchen“, monierte sie. „Diese Übung hier hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack.“ Ihr Kollege Marc Spautz sprach sich dafür aus, dass der Nationale Ausländerrat direkt von allen Ausländern gewählt werden und auch Gutachten zu Gesetzen, die die Ausländer anbelangten, einreichen dürfen sollte. Bei der Verteilung von Flüchtlingen sollte man den Mut haben, Quoten einzuführen, wenn man sich auf freiwilliger Basis nicht einig werde. „Es ist für die Neuankömmlinge einfacher, Fuß zu fassen, wenn wir die Verteilung breiter streuen als auf große Strukturen für die Unterbringung zu setzen.“ Die Integration müsse als politische Priorität in den Mittelpunkt gestellt werden. „Integration und Immig-

„Übers Knie gebrochen“

ASTI: Debatte hätte längst stattfinden müssen

Keine Bilanz des letzten Plans, kein nationaler Bericht, der eigentlich dem Integrationsgesetz nach alle fünf Jahre dem Parlament zur Integration und dem Kampf gegen Diskriminierungen vorgelegt werden soll, keine Bilanz des letzten PAN – recht unzufrieden zeigte sich die ASTI am Mittwoch mit der anberaumten Debatte. Die Integration sei in den letzten fünf Jahren in den Reden zur Lage der Nation kaum thematisiert worden, und auch im Staatsbudget seien nur 500 000 Euro dafür vorgesehen, dagegen aber 6,3 Millionen Euro, um

Flüchtlingsheime zu überwachen. Es gehe beim PAN um nichts weniger als die politischen Maßnahmen, die eine Vision des Zusammenlebens zeigen sollen, wobei auch die Grenzgänger zu berücksichtigen seien. Das Integrationsgesetz gehöre analysiert und gegebenenfalls reformiert. „Die Gesellschaft hat sich seither stark verändert“, meinte Zuccoli. Der PAN müsse zudem in einem transversalen Ansatz gleichermaßen öffentliche Instanzen, Ministerien, Gemeinden, aber auch die Zivilgesellschaft einbeziehen. *wel*

ration gehören in eine Ministerhand, das würde vieles vereinfachen.“

Auch Gilles Baum (DP) befand: „Die Regierung hat 2013 nicht die besten Bedingungen vorgefunden. Wir müssen uns auf die nächste Flüchtlingskrise besser vorbereiten und ausreichend Strukturen schaffen.“ Er zeigt sich überzeugt, dass man über die Schule und die Sprache die Identifizierung mit dem Land erreichen könne.

„Luxemburg ist ein Einwanderungsland, es ist auf Arbeitskräfte von außen angewiesen, die Migration gehört zu unserer Geschichte“, sagte Taina Bofferding (LSAP) und hielt ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, „zusammen für den sozialen Zusammenhalt zu kämpfen, ohne Angst und mit viel Optimismus.“ Ultrakonservative, Populisten und Rechte machten es sich einfach. „Was sind die Lösungen, die sie uns schuldig bleiben? Grenzen einführen, keinen mehr aufnehmen, keinen mehr einstellen, wenn Luxemburger nur 30 Prozent der Arbeitsplätze decken können, mehr Sozialbeiträge leisten? Sind wir dazu bereit?“

Einig waren sich alle Parteien, dass Integration heißt: Die einen reichen die Hand und die anderen ergreifen sie – ein gleiches Zusammenspiel. Alle Parteien? Nein, für Fernand Kartheiser (ADR) sollte man zwar die Hand reichen, aber: „Wer bleiben will, von dem verlangen wir den Hauptteil an Integrationsleistung. Das marxistische Zusammenleben und Zusammenarbeiten reicht nicht, man muss unsere Nationalsprache, das Luxemburgische, lernen und die Nationalität annehmen.“ Flüchtlinge gehörten nur temporär aufgenommen. „Sie müssen so schnell wie möglich wieder zurückgebracht werden, die Idee ist nicht, dass sie bleiben.“

Cahen mahnte abschließend: „Integration ist keine Assimilation nach dem Motto: So bin ich und so musst Du auch werden.“